



KONTAKT

Martin Brüning

Kommunikation, Projektmanagement

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 111

Konfliktrohstoffe: Unternehmen rechnen mit massiven Mehrkosten

Umfrage der WVMetalle: Unternehmen taxieren Mehraufwand auf bis zu eine halbe Million Euro pro Jahr

Berlin (10.12.2015) – Die EU-Entscheidung zum Umgang mit Konfliktrohstoffen könnte zu massiven Mehrkosten in der Industrie führen. In einer Umfrage der Wirtschaftsvereinigung Metalle rechnen 90 Prozent der befragten Unternehmen mit Mehrkosten von 25.000 bis 500.000 Euro pro Jahr. Die meisten Kosten drohen demnach durch die Verwaltung sowie durch Personal- und Informationsbeschaffung anzufallen.

Aktuell ist vorgesehen, Konflikt- und Hochrisikogebiete anhand von drei standardisierten Kriterien zu identifizieren. Die Unternehmen müssten aufwendig und von Fall zu Fall selbst bestimmen, auf welche Handelsregion welche Kriterien zutreffen.

Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle, plädiert für eine unbürokratische Lösung. „Die Politik muss ausdrücklich festlegen, wie eine Region einzuordnen ist. Diese politische Entscheidung kann nicht auf die Unternehmen verlagert werden.“ Erdle schlägt vor, das Rad nicht neu zu erfinden. „Es gibt bereits staatliche Embargolisten, die zur Einordnung übernommen werden könnten. Diese könnten nach Bedarf aktuell ergänzt werden.“

Die EU-Ratspräsidentschaft geht derzeit davon aus, dass bis Ende des Jahres ein Kompromiss zum Thema Konfliktrohstoffe vorliegen wird. Anfang 2016 soll dann das sogenannte Trilog-Verfahren eingeleitet werden. Dabei verhandeln Unterhändler des Europaparlaments, der 28 EU-Staaten und der Brüsseler Kommission.

Lesen Sie zu dem Thema auch:

Konfliktrohstoffe: [WVMetalle-Position zum Verordnungsentwurf](#)

Rohstoffverfügbarkeit: [Interpretieren Sie Ihren Bordcomputer richtig](#)